

## Steuerflucht, Steuergerechtigkeit und die Rolle von Whistleblowern

Die Ausgaben der staatlichen Fürsorge ufern aus, erst Corona-Hilfen, jetzt Zuschüsse für die immens teuer gewordene Energie u.a.m. Das alles will finanziert, sprich bezahlt sein und irgendwo muss das Geld herkommen. Die international engagierte NGO Tax Justice Network schätzt, dass rund ein Drittel aller weltweiten Vermögenswerte unversteuert in sogenannten Steueroasen versteckt sind (siehe grüne Punkte auf der Weltkarte). Im Falle einer fairen Versteuerung könnte man damit fast alles finanzieren, woran es immer fehlt: Hochschulen und Kita's, Krankenhäuser und medizinische Grundlagenforschung u.a.m.



Die 'hohe Politik' war jahrzehntelang mehr oder weniger untätig gegenüber diesem Problem - außer reden nicht viel gewesen.

Das hat sich seit Ende der 90er Jahre, konkret seit 1997, also vor 25 Jahren, geändert, als erstmals Informationen über Gelder bekannt wurden, die in einer anonymen Stiftung im Fürstentum Liechtenstein gebunkert waren. Unversteuertes Vermögen natürlich. Es war der zarte Anfang vom Ende einer steuerlichen Geheimniskrämerei, die immer löchriger wurde. Für Reiche und Superreiche, aber auch für große Konzerne.

Vor zehn Jahren, 2012, hatte beispielsweise das Land Nordrhein-Westfalen bereits 2 solcher Steuerdaten-CD's käuflich erworben, der Mehrertrag betrug bis zum 100fachen des Kaufpreises: Steuersünder mussten nachzahlen und eine Geldbuße obendrauf. Immer mehr Namen kamen ans Tageslicht: der Fußballmagnat Uli HOENEß, die Frauenrechtlerin Alice SCHWARZER, der Postchef ZUMWINKEL u.a.m. Das öffentliche Geschrei über dieses (vermeintliche) "Denunziantentum" war groß, aber der Bundesgerichtshof hatte eindeutig geurteilt: Steuerhinterziehung geht nicht und wenn staatliche Instanzen das rückgängig machen, ist das in Ordnung. Und: Wer über 1 Million hinterzieht, muss ins Gefängnis. So die Situation in Deutschland.

In den USA hatte zu dieser Zeit die New York Times recherchiert. Und mit Hilfe von Informanten und Whistleblowern ans Licht gebracht, dass das Unternehmen Apple Steuern in gigantischem Umfang vermeidet: durch legale Firmenkonstruktionen. So hatte Apple 1% seines Gewinns versteuern müssen. Google (immerhin) 3%.

Und noch ein Ereignis 2012, das seine Folgen ein Jahr später zeigen sollte. Der australische Journalist Gerard RYLE, der gerade zum 'Chef' des [International Consortium of Investigative Journalists \(ICIJ\)](#) geworden war, hatte ebenfalls Daten erhalten: 2,5 Millionen Dokumente verpackt in 260 GB. Und hatte eine internationale Recherchekooperation organisiert.

Die selben Daten übrigens hatte der anonyme Whistleblower bereits einige Jahre zuvor den britischen, den US-amerikanischen und den australischen Behörden übergeben. Geschehen war nichts. Dann der neue Versuch 2012. Diesemal mit Wirkung. Die wurde ein Jahr später am 4.4. 2013 bekannt, als 86 Journalisten aus 46 Ländern am selben Tag ihre Ergebnisse veröffentlichten: ein politisches Erdbeben, Stichwort "[Offshore-Leaks](#)". Dabei blieb es nicht. Jahr für Jahr ein neues Leak: 2014 Luxemburg Leaks, 2015 Swiss Leaks, 2016 die Panama Papers, ein Jahr später Paradise Papers, zuletzt die Pandora Papers.

Der Politik blieb nichts anderes übrig als zu reagieren. Inzwischen ist Steuerflucht schwieriger geworden. Optimal im Sinne der Steuergerechtigkeit ist vieles noch nicht. Aber auf dem Weg dahin.

Wir haben in Erinnerung an dieses denkwürdige Jahr ein neues Thema online gehen lassen: "Steuer-CD's - Steuergerechtigkeit und Whistleblower", aufrufbar unter dem prägnanten (Perma)Link [www.ansTageslicht.de/Steuerdaten-CD](http://www.ansTageslicht.de/Steuerdaten-CD).

Dort haben wir in chronologischer Form aufgezeigt,

- wie beispielhaft 9 solcher Steuerdaten-CD's ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben
- vier markante Ereignisse auf dem Weg zu mehr Steuergerechtigkeit in Kurzform dokumentiert,
- und eine Geschichte über den Steuer-CD's bedingten "Krieg der Steuerdaten und Milliarden" zwischen Deutschland und der einstigen Steuerfluchtburg Schweiz beschrieben. Für die Eidgenossen stellen steuerliche Ermittlungen deutscher Behörden immer noch "*Gehilfenschaft zum wirtschaftlichen Nachrichtendienst*" dar.

---

Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Ludwig (JL)

Tel: 0176 - 52 00 69 15

Mail: [redaktion@ansTageslicht.de](mailto:redaktion@ansTageslicht.de)

Prof. Dr. Andrea Claudia Hoffmann (ACH)

Mail: [andreaclaudia.hoffmann@haw-hamburg.de](mailto:andreaclaudia.hoffmann@haw-hamburg.de)

ansTageslicht.de im Social Web:  

Sollten Sie unseren Newsletter nicht mehr erhalten wollen, so können Sie ihn hier [abbestellen](#)